



PRESSEMITTEILUNG

Medizin- und Wissenschaftsbündnis DANK: Lauterbach muss Weichen für „tabakfreies Deutschland“ bis 2040 stellen

- Jeden Tag sterben in Deutschland etwa 350 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums
- Wissenschaftler*innen plädieren für standardisierte Verpackungen und Verbot von Verkaufsautomaten
- Medizin- und Wissenschaftsbündnis gratuliert Karl Lauterbach zum neuen Amt und bietet Mitarbeit an

Berlin, 13. Dezember 2021. Das Medizin- und Wissenschaftsbündnis DANK hat den neuen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf eine Strategie für ein tabakfreies Deutschland 2040 gedrängt. Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP habe mit Blick auf das Thema Tabakkontrolle noch „viel Luft nach oben“. Deutschland hinke im internationalen Vergleich meilenweit hinterher. Nur durch eine verbindliche, ressortübergreifende Tabakkontrollstrategie sei das auch von der EU-Kommission ausgegebene Ziel erreichbar, wonach bis 2040 weniger als fünf Prozent der Erwachsenen Tabak konsumieren sollen. Die von der Ampel geplanten Verschärfungen bei Marketing und Sponsoring reichten bei Weitem nicht aus, so das medizinisch-wissenschaftliche-Bündnis, dem unter anderem die Deutsche Krebsgesellschaft, die Stiftung Deutsche Krebshilfe und das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) angehören.

„Jede fünfte neue Krebserkrankung ist durch Rauchen verursacht. Rund 350 Menschen sterben täglich an den Folgen des Rauchens. Deutschland ist im europäischen Vergleich Schlusslicht hinsichtlich der Senkung des Tabakkonsums. Leider findet sich im Koalitionsvertrag kein klares Bekenntnis dafür, diesen traurigen Zustand zu verändern“, sagt Katrin Schaller, kommissarische Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention am DKFZ.

„Wenn wir das Ziel ‚tabakfrei bis 2040‘ erreichen wollen, muss Bundesgesundheitsminister Lauterbach dringend weitergehende Maßnahmen auf den Weg bringen, wie sie von mehr als 50 Gesundheits- und zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgeschlagen werden. Dazu gehören neben einem Werbeverbot am Verkaufsort für Tabak und verwandte Produkte wie E-Zigaretten und Tabakerhitzer auch ein Auslageverbot (Display Ban), standardisierte Verpackungen, spürbare Erhöhungen der Tabaksteuer und ein Verbot von Verkaufsautomaten“, ergänzt Gerd Nettekoven, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krebshilfe.

Positiv sei, dass im Koalitionsvertrags von SPD, Grünen und FDP die Schaffung eines Nationalen Präventionsplans vorgesehen ist. Auch möchte die Ampel-Koalition die Regelungen für Marketing und Sponsoring „verschärfen“. Dennoch blieben die getroffenen Vereinbarungen weit hinter den Wahlversprechen von SPD und Grünen zurück. Die SPD hatte vor der Wahl bekräftigt, dass es „einem ganzheitlichen Vorgehen zur weiteren Reduzierung des Tabakkonsums bedarf (...), da die gesellschaftlichen Kosten des Rauchens weiter auf der Hand liegen.“ Die Grünen hatten versprochen, dass eine „wirksame Tabakprävention“ einen „hohen Stellenwert“ habe. In den tatsächlichen Ergebnissen des Koalitionsvertrags spiegelten sich diese Versprechen nicht wider, kritisieren die Medizin- und Wissenschaftsverbände.

Laut dem aktuellen Tabakatlas ist Deutschland im europäischen Vergleich weiter Schlusslicht in puncto Tabakkontrolle. In Vorreiter-Staaten wie Großbritannien oder Irland dürfen

Tabakprodukte am Verkaufsort nicht ausgestellt werden. Zudem sind standardisierte Verpackungen Pflicht und Zigaretten sind um mehrere Euro teurer als in Deutschland. Mit Erfolg: In Großbritannien rauchen nur noch 17 Prozent und in Irland nur noch 19 Prozent der Bevölkerung. In Deutschland hingegen hat sich der Anteil der Raucher*innen auf einem Niveau von etwa 25 Prozent der Bevölkerung stabilisiert. Deutschland war der letzte EU-Mitgliedsstaat, der Außenwerbung für Tabakprodukte verboten hat.

Weiterführende Information:

Deutsches Krebsforschungszentrum, Deutsche Krebshilfe, Aktionsbündnis Nichtrauchen (Hrsg.)
Strategie für ein tabakfreies Deutschland 2040. Heidelberg, 2021.

https://www.dkfz.de/de/tabakkontrolle/download/Publikationen/sonstVeroeffentlichungen/2021_Strategie-fuer-ein-tabakfreies-Deutschland-2040_dp.pdf

Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten DANK

Die Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK) ist ein Zusammenschluss von 23 medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften, Verbänden und Forschungseinrichtungen, der sich für Maßnahmen zur Verhinderung von Krankheiten wie Adipositas, Diabetes, Krebs und Herz-Kreislaufkrankheiten einsetzt. www.dank-allianz.de

Pressekontakt:

Deutsches Krebsforschungszentrum, Stabsstelle Krebsprävention und WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle

Katrin Schaller

Tel.: 06221-423016

k.schaller@dkfz.de

Deutsche Krebshilfe

Christiana Tschoepe

Tel.: 0228-72990 273

Tschoepe@krebshilfe.de

Pressestelle DDG

Michaela Richter

Postfach 30 11 20, 70451 Stuttgart

Tel.: 0711 8931-516, Fax: 0711 8931-167

richter@medizinkommunikation.org